



WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 26.08.2010

Vor der Ausschusssitzung findet um 16.00 Uhr die Sitzung
des Arbeitskreises Städtepartnerschaften ebenfalls
im Raum 304 statt.

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 31. August 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

NEUE ANTRÄGE

2. 10-F-02-0011

Hochwassereinsatz in Görlitz

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

1. Der Ausschuss begrüßt die Initiative des Magistrats, auf die Hochwasserkatastrophe in der Partnerstadt Görlitz spontan mit einem Hilfeinsatz der Wiesbadener Feuerwehr zu reagieren.
2. Um das für die originären Brandschutzaufgaben vorgesehene Budget nicht angreifen zu müssen, werden die im Rahmen der Hilfsaktion entstandenen zusätzlichen Aufwendungen dem Dezernatsbudget üpl. zusetzt. Der Magistrat wird gebeten, die Aufwendungen zu ermitteln und einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten.

3. 10-F-02-0010

Sicherheit bei Großveranstaltungen

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wie in Wiesbaden die Verfahren zur Genehmigung von Großveranstaltungen ausgestaltet sind und wie insbesondere die Risikoeinschätzung bei größeren Menschenansammlungen (z.B. Theatrum, Weinwoche, Folklore) gehandhabt wird.

4. 10-F-01-0080

Muslimische Bestattungen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Möglichkeiten es neben dem muslimischen Gräberfeld auf dem Südfriedhof in Wiesbaden für Bestattungen nach muslimischem Brauch gibt.

Gleichfalls wird um Auskunft gebeten, ob der Magistrat Informationen über die Nachfrage bzw. den Bedarf für diese Form der Bestattung sieht und welche rechtlichen Bedingungen weiterhin erfüllt werden müssen, um auch Muslimen in unserer Gesellschaft eine würdige und den religiösen Vorschriften entsprechende Form der Bestattung zu bieten.

5. 10-F-01-0081

Ermessensgebrauch bei der Vergabe von Räumen in Bürgerhäusern

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Es ist Kritik laut geworden, dass seit einiger Zeit bei der Prüfung für die Vergabe von Räumen in Bürgerhäusern von der Verwaltung allzu schematisch nach dem Inhalt und der Art der Veranstaltung

gefragt werde. Dies vor allem bei Nutzern, die seit Jahren Genehmigungen beantragt und auch stets erhalten haben. Dieses jetzt offenbar üblich gewordene streng formal gehandhabte Verfahren wurde als Ausdruck von Misstrauen wahrgenommen, das wenig geeignet sei, Bürgernähe und Vertrauen der Bürger zur Stadt zu erzeugen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die Praxis der Raumvergabe in Bürgerhäusern nach dem Zuständigkeitswechsel (von VI/69/51 zu I/10) im Vergleich zu früher ist und welche Erfahrungen es mit evtl. neu angewendeten/eingeführten Richtlinien bei der Raumvergabe gibt.

6. 10-F-01-0082

Männliche Jugendliche ohne Schulabschluss
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Wiesbaden ist nicht Neukölln. Dennoch muss das so genannte Vermächtnis der kürzlich durch Freitod aus dem Leben geschiedenen Jugendrichterin Kirsten Heisig-auch hier ernst genommen werden, weil die von ihr glaubwürdig dokumentierte Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften das gemeinsame politische Bemühen um Integration durchkreuzen könnte. Ohne Vorurteile in die Welt setzen zu wollen wäre es illusionär, nicht davon auszugehen, dass männliche Jugendliche ohne Schulabschluss ohne Lebensperspektive für eine selbstgewählte ‚parallele‘ Ausgrenzung besonders anfällig sein könnten. Wenn die Möglichkeiten zur Teilhabe an materiellen Gratifikationen gesellschaftlich mangels Bildungsabschluss verbaut sind, gibt es schließlich den ‚Ausweg‘ der widerrechtlichen Aneignung und die Möglichkeit der Respekterheischung durch gewalttätiges Auftreten in der Gruppe nach dem Motto: „Wenn wir nicht gebraucht und geliebt werden, dann soll man uns wenigstens fürchten“.

Für Wiesbaden muss das heißen: Aufmerksam sein und den Anfängen wehren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) wie viele männliche Jugendliche in den Jahren 2007 - 2009 die Schule ohne Abschluss verlassen haben,
- b) wie viele dieser Jugendlichen im gleichen Zeitraum in stützende Maßnahmen (z. B. aufbauende Fortbildung, Beschäftigungsprogramme etc.) einbezogen wurden bzw. werden konnten,
- c) wie viele dieser Jugendlichen ohne Schulabschluss sich solchen Angeboten entzogen haben,
- d) wie viele dieser Jugendlichen straffällig wurden,
- e) ob es Anhaltspunkte dafür bzw. Überblicke darüber gibt, in welchem Umfang Jugendliche ‚parallele‘ Gruppen gebildet haben und damit das Signal setzen, an Integration kein Interesse zu haben.

7. 10-F-05-0003

Meinungsaustausch im Rahmen des Integrationsberichtes 2009
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 23.08.2010 -

Im Dezember 2004 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit religiösen Gesellschaften und ähnlichen Vereinen Vereinbarungen abzuschließen, in denen Freiheit und Toleranz als zentrale Säulen für eine erfolgreiche Integration festgehalten werden sollten. Die Landeshauptstadt Wiesbaden war und ist hier ein Vorreiter unter den deutschen Städten.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge ausgehend vom Integrationsbericht beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Möglichkeit zu prüfen, die Vertreter der Organisationen, die die Integrationsvereinbarung unterzeichnet haben, im Rahmen einer Ausschusssitzung zu einem Meinungsaustausch einzuladen. Hierbei soll die Diskussion über Erfolge und Probleme bei der Umsetzung der Integrationsvereinbarung im Mittelpunkt stehen.

8. 10-F-06-0046

"mattiaqua-Angebote für Juleica-Inhaber/innen"
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 19.08.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge Maßnahmen vorschlagen, wie einerseits die „Juleica“ aufgewertet und das jugendliche Ehrenamt gestärkt und andererseits die Attraktivität der städtischen Schwimm- und Freizeiteinrichtungen erhöht werden können. Dabei soll insbesondere die Einführung der kostenlosen Nutzung von Mattiaqua-Angeboten für Juleica-Inhaber/innen geprüft werden.

9. 10-A-21-0002

Konkrete Schritte hin zur Städtepartnerschaft mit Fatih
- Antrag des Ausländerbeirates -

ANLAGE

ANTRÄGE / SITZUNGSVORLAGEN MIT VORLAUF

10. 10-F-06-0005

Virtuelles Rathaus - Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi) - Suche auf www.wiesbaden.de
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.01.2010 -

ANLAGE

11. 10-F-01-0057

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

ANLAGE

12. 09-F-01-0100

Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Sinti und Roma in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

ANLAGE

13. 09-V-33-0004

DL 44/09-4

Starke Stadt für Studis und Azubis

ANLAGE

14. 10-F-06-0033

Projektidee zur Integration
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 09.06.2010 -

ANLAGE

15. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

ANLAGE

16. Bericht der Dezernentin

17. 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

18. 10-V-10-0008 DL 23/10-2

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage, Änderung der Verleihungsrichtlinien, Einrichtung eines Preises für Bürgermut

19. 10-V-33-0005 DL 26/10-5

Integrationsbericht 2009

19.1 08-F-01-0076

Integrationsbericht / Integrationsleistung der Sportvereine
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

ANLAGE

19.2 08-F-01-0077

Integrationsbericht / Integrationsvereinbarung (Kapitel 6.2)
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -

ANLAGE

20. 10-V-33-0002 DL 26/10-4

Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA)

21. 10-V-30-0012 DL 24/10-3

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

22. 10-V-30-0013 DL 24/10-4

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)

23. 10-V-30-0014

DL 25/10-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wi.-Biebrich)

24. 10-V-30-0015

DL 25/10-4

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Biebrich

25. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender